

BALLADE MIT TRADITIONELLEM REFRAIN

von Maurice James Craig

Red brick in the suburbs, white horse on the wall,
Italian marble on the City Hall.
O stranger from England, why stand so aghast?
May the Lord in his mercy be kind to Belfast.

We swore by King William there'd never be seen
An All-Irish Parliament at College Green.
So at Stormont we're nailing our flag to the mast.
May the Lord in his mercy be kind to Belfast.

O the bricks they will bleed and the rain it will weep,
And the damp Lagan fog lull the city to sleep.
It's to hell with the future and live on the past.
May the Lord in his mercy be kind to Belfast.

In der Vorstadt roter Ziegel, weißes Roß an der Wand,
und am Rathaus Italiens Marmorprotz.
O Fremder aus England, warum so entsetzt?
Daß der Herr in seiner Güte sich erbarme mit Belfast.

Wir schworen's King William: Niemals zu ziehn
in ein allirisches Parlament am College Green.
Darum nageln wir am Stormont unsere Flagge an den Mast.
Daß der Herr in seiner Güte sich erbarme mit Belfast.

Denn die Ziegel werden bluten, und in Strömen weint der Regen.
Klammer Lagannebel singt die Stadt in den Schlaf.
Ach, zur Hölle mit der Zukunft, denn wir leben, wie's uns paßt.
Daß der Herr in seiner Güte sich erbarme mit Belfast.

Übersetzung aus dem Englischen: Tessa Hofmann

NORDIRLAND: EINE GESPALTENE GESELLSCHAFT

Ortsbeschreibung

Nordirland, eine Provinz des Vereinigten Königreiches, entspricht mit 13483 Quadratkilometer etwa einem Sechstel des irischen Gesamtterritoriums (84426 Quadratkilometern). Der Landesname ist ungenau, da Nordirland weder mit dem geographischen Norden der Grünen Insel völlig deckungsgleich ist noch mit deren historischer Nordprovinz Ulster, zu der außer den sechs britisch regierten Grafschaften Antrim, Armagh, Down, Fermanagh, Londonderry und Tyrone auch die Grafschaften Cavan, Donegal und Monaghan der Republik Irland zählen.

Irlands Teilung ist die Folge und nicht die Ursache für die Spaltung der nordirischen Gesellschaft. Im Unterschied zur fast ausschließlich katholischen Republik Irland ist Nordirland konfessionell heterogen: Über die Hälfte seiner 1,7 Millionen Einwohner gehören protestantischen Kirchen an, wobei die Presbyterianer (27 Prozent der Gesamtbevölkerung) die größte Gemeinschaft bildet, gefolgt von der Church of Ireland (22 Prozent), der irischen Ablegerin der anglikanischen Kirche, den Methodisten (5 Prozent) sowie Angehörigen von etwa 70 weiteren kleinen evangelischen Freikirchen. Die Katholiken bilden mit 43 Prozent die größte Religionsgemeinschaft Nordirlands und, gemessen an der Gesamtzahl der Protestanten (54 Prozent), eine erhebliche Minderheit.

Diese konfessionelle Vielfalt ist historisch jüngeren Datums. Über die größten Strecken ihrer Geschichte blieb die irische Nordprovinz vom Schicksal des übrigen Landes abgesondert. Die Wikinger konnten hier nie Fuß fassen, die Anglo-Normannen lediglich an der Küste von Antrim und Down. Erst

nach der sogenannten Flucht der Grafen im September 1607, als die Oberhäupter der altansässigen gälischen Sippen der O'Donnell (Donegal) und der Uí Néill (Tyrone) ins Ausland emigrierten, setzte die britische Kolonisierung Ulsters ein, die dann allerdings umfassender als in den übrigen Landesteilen verlief.

Als das britische Unterhaus schließlich den jahrzehntelangen Forderungen der *Irish Parliamentary Party* nach Wiederherstellung der irischen Eigenregierung (*home rule*) nachgab und am 25. Mai 1914 eine entsprechende Verordnung verabschiedete, meldete sich aus den protestantischen Mehrheitsgebieten östlich des nordirischen Flusses Bann massiver Widerstand: Man fürchtete, von der katholischen Mehrheit auf der Insel bevormundet zu werden. „*Home Rule is Rome Rule*“ („Eigenregierung ist die Herrschaft des Vatikans“) lautete der Kampfruf gegen eine Lockerung der Bindungen an Großbritannien. Die britische Regierung beschwichtigte die aufgebrachten Protestanten durch ein Zusatzprotokoll vom 23. Juni 1914, in dem den nordostirischen Grafschaften garantiert wurde, sechs Jahre lang von der Anwendung der *Home Rule*-Verordnung verschont zu werden. Mit dem *Government of Ireland Act* vom 23. Dezember 1920 erhielt Nordirland ein eigenes Regionalparlament, das nach seinem Sitz im gleichnamigen Schloß bei Belfast *Stormont* genannt wurde. Am 3. Dezember 1925 erkannte der irische Freistaat die bestehende Grenzziehung an.

„What is your religion?“ Kleine Einführung in die politische Symbolik Nordirlands

Symbole besitzen in Nordirland einen hohen Stellenwert, denn sie markieren die Zugehörigkeit zu einer der Seiten des *divide*, des tiefen Grabens zwischen den beiden politisch-konfessionellen Hauptlagern der nordirischen Gesellschaft: Den an der Union mit Großbritannien, wie sie im Jahr 1800 vom irischen Parlament beschlossen wurde, festhaltenden *unionists* bzw. den katholischen *nationalists*, die sich als Angehörige der irischen Nation empfinden und die Vereinigung mit der Republik Irland anstreben. Die extremen Flügel dieser Lager bezeichnet man als *loyalists* (loyal gegenüber dem britischen Königshaus Windsor) und *republicans*. Die Überschneidung der unterschiedlichen ethnischen Herkunft - hier Schotten und Engländer, dort Iren - mit dem Unterschied von Protestantismus und Katholizismus erhebt konfessionelles Sektierertum (*sectarianism*) zum Stammesdenken (*tribalism*).

Hauswände, Bordsteinkanten und Laternenpfähle werden von anonymen Aktivisten der *loyalists* und *republicans* bei nächtlichen Aktionen mit den jeweiligen Stammesfarben markiert: rot-weiß-blau steht für den britischen *Union Jack*, grün-weiß-orange für die irische Trikolore. Daß die Fahne der Republik mit den Farben Grün und Orange die Koexistenz von Katholiken und Protestanten, von altansässigen Iren und den Nachfahren der schottischen und englischen Siedler betont, wird in Nordirland wenig wahrgenommen. Die *Rote Hand Ulsters*, ein auf die normannischen Ulster-Grafen zurückgehendes Emblem, sowie *King William* (Wilhelm III. von Oranien) auf seinem weißen Roß bilden Lieblingssymbole der Loyalisten, während republikanische Graffiti den Widerstand gegen die britische „Besatzungsarmee“ verherrlichen oder den Kampfgeist keltischer Mythen heraufbeschwören. Katholiken stellen sich *statues*, Marien- und Heiligenfiguren zur Schadensabwehr in die Fenster, protestantische Loyalisten lehnen selbst das Kreuz als „papistischen“ Aberglauben und Götzendienst ab, schmücken aber ihr Heim mit einem Porträt des britischen Monarchen, derzeit mit Elizabeth II.

Auch die Wortwahl verrät Stammeszugehörigkeiten. Kein Unionist würde über Nordirland als den „*six counties*“ sprechen, sondern stets nur von „*this province*“ oder „*Ulster*“. Kein Nationalist wird die Stadt Derry als Londonderry bezeichnen oder die Republik Irland als Éire bzw. als „Irish Republic“. Da die meisten Nordiren sich verzweifelt bemühen, harmonisch miteinander umzugehen, versuchen sie möglichst schnell herauszufinden, auf welcher Seite des *divide* ein noch unbekannter Gesprächspartner steht, um falsche Vertraulichkeiten oder ungewollte Kränkungen zu vermeiden. Falls die Zugehörigkeit nicht bereits aus der Wortwahl hervorgeht, können Vor- oder Familiennamen, die Wohnadresse oder die einst besuchte Schule Aufschluß geben. Die obsessive Fixierung auf den konfessionellen Antagonismus verrät folgender nordirischer Witz: „In einem Belfast Bus fragt ein Einheimischer einen Pakistaner in landesüblicher Weise: 'What is your religion?' - 'Ich bin Muslim', antwortet der Fremde. - 'Na schön', fragt der Belfast weiter, 'aber was für einer? Protestantischer oder katholischer Muslim?'“

Das nordirische Parteienspektrum

Eine weitere nordirische Besonderheit besteht darin, daß die meisten kleineren Parteien den „politischen Arm“ gewaltbereiter paramilitärischer Organisationen bilden. Die Unionisten haben bislang fünf Parteien hervorgebracht, deren größte die *Ulster Unionist Party* (UUP) unter Rechtsanwalt David Trimble ist. Bei Wahlen kann die UUP mit 27-34 Prozent der Stimmen rechnen. Die *Democratic Unionist Party* (DUP) wurde 1970 von Reverend Dr. Ian Kyle Paisley (geb. 1926) gegründet, einem glü-

hend antikatholischen Evangelisten, der enttäuschte Mitglieder der *Ulster Unionist Party* sowie militante Unionisten anzieht, denn die DUP hält unbeugsam an loyalistischen Werten wie Kompromißlosigkeit und Unbeugsamkeit fest. Darum lehnte sie strikt auch eine Teilnahme an den Nordirland-Gesprächen ab. Paisleys Partei erhält 13-18 Prozent der Stimmen, doch bei Personalwahlen kann Paisley mit einem weit höheren Stimmenanteil rechnen. Die DUP wird von den *United Kingdom Unionist Party* (UKUP) unterstützt, einer 1987 von Rechtsanwalt Robert McCartney nach seinem Ausschluß aus den Ulster Unionists gegründeten Splittergruppe, die etwa zwei Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigt. Ebenso wie die DUP verweigerte sie die Teilnahme an den jüngsten „Allparteien“-Gesprächen und ruft dazu auf, bei dem Referendum vom 22. Mai 1998 gegen das Friedensabkommen zu stimmen. Die UKUP behauptet, bei einer solchen Abstimmung 44 Prozent der unionistischen Stimmen gegen das Abkommen mobilisieren zu können.

Die *Progressive Unionist Party* (PUP) unter David Ervine ist der politische Arm der paramilitärischen probritischen *Ulster Volunteer Force*. Ebenso wie die von Gary McMichael geführte *Ulster Democratic Party* (UDP), der politische Arm der *Ulster Defense Association*, war die *Progressive Unionist Party* stärker an All-Parteien-Gesprächen interessiert als der durchschnittliche Unionist. Bei Wahlen erzielt die UDP fünf Prozent der Stimmen.

Zum nationalistischen Lager gehören zwei Parteien: *Sinn Féin* ist eine gesamtirische Traditionspartei, die seit den 1920er Jahren die irische Vereinigung gefordert hat sowie Beziehungen zur IRA besitzt. Auf einem Geheimgespräch in Dublin spalteten sich *Sinn Féin* und die IRA 1969 in einen gemäßigten „offiziellen“ sowie einen radikalen „provisorischen“ Flügel, aus dem 1970 die „neue IRA“ hervorging. Streitpunkt war vor allem die Gewaltfrage. Seit 1983 wird *Sinn Féin* von Gerry Adams geleitet. Bei den britischen Parlamentswahlen vom 1. Mai 1997 gewann die Partei zwei der insgesamt 18 für Nordirland reservierten Parlamentssitze in Westminster, bei Lokalwahlen in Nordirland am 21. Mai 1997 16,9 Prozent der Stimmen. In der Republik Irland blieb ihr Einfluß bisher äußerst gering. Bei den letzten Parlamentswahlen vom 6. Juni 1997 errang *Sinn Féin* dort nur einen der 166 Parlamentssitze. *The Social Democratic and Labour Party* (SDLP) ist eine 1970 gegründete, links der Mitte stehende Partei des katholischen Mittelstands mit einer ausgesprochen europäischen Orientierung. Als moderat nationalistische Partei strebt die SDLP die Einheit Irlands an, schließt aber im Unterschied zu *Sinn Féin* Gewalt aus.

Außerhalb des Antagonismus von Nationalisten und Unionisten steht die 1970 gegründete *Alliance Party*. Sie und ihr Vorsitzender, der Psychologe Dr. John Alderdice, haben seit Jahrzehnten Katholiken wie Protestanten zu Kompromissen aufgerufen. Im künftigen nordirischen Parlament möchten sie gern mit den gemäßigten Mittelstandsparteien SDLP und UUP koalieren. Allerdings erhält die *Alliance Party* bei Wahlen nur 7 Prozent, was beweist, wie dünn die neutrale Mitte zwischen Unionisten und Nationalisten ist.

The People with Guns: Nordirlands gewalttätige Minderheit

Paramilitärische Gewalt auf beiden Seiten des *divide* führte seit 1968 zum Tod von etwa 3500 Menschen, davon über 800 Polizisten und Soldaten. An die 40000 Menschen wurden verwundet. Ein Dubliner Wirtschaftsinstitut errechnete, daß der Nordirland-Konflikt die Regierungen beider Seiten jährlich etwa 1,3 Milliarden DM (436 Millionen Pfund) kostete, von denen wiederum London 85 Prozent (1,15 Milliarden) zahlt.

Gewaltbereite Geheimbünde besitzen in Ulster eine 200jährige Tradition: Als Reaktion auf die konfessionsübergreifende, säkulare Bewegung der *United Irishmen* und ihre der Französischen Revolution entlehnten Gleichheitsideale wurde am 21. September 1795 in der Grafschaft Armagh der protestantische Oranierorden (*Orange Order*) gegründet, benannt zu Ehren des deutschstämmigen Statthalters der Niederlande, Wilhelm von Oranien III. Seit 1689 König Großbritanniens, ging „King Billy“ in die irische Geschichte vor allem als protestantischer Sieger in jener bizarren gesamteuropäischen Schlacht am ostirischen Boynefluß (1. Juli 1690) ein, wo er mit dem Segen des Papstes und der Unterstützung des erzkatholischen Spaniens seinen schottischstämmigen, katholischen Schwiegervater Jakob II. (James) schlug und somit verhinderte, daß James mit Unterstützung Frankreichs in Großbritannien eine Gegenreformation durchführte.

Zutiefst antikatholisch, betont probritisch und monarchistisch, verteidigte der Oranierorden das herrschende Establishment und versuchte, die ärmeren protestantischen Schichten auf die Interessen des anglo-irischen Landadels einzuschwören. Nach anfänglicher Zurückhaltung begriffen die herrschenden Kreise in Ulster und London bald die politische Nützlichkeit der Oranier. Der Orden stieg von einer

sozial verachteten Randgruppe zu einer einflußreichen Organisation auf, die schon ab Mitte 1797 die eindeutige Unterstützung der Armee genoß. Gegenwärtig gehören den nordirischen Oranierlogen etwa 100000 Aktive an. Bald ein sozialer Klub, bald politische Lobby, doch stets dem eigenen Selbstverständnis nach ein protestantischer Schutz- und Trutzverein, bildeten und bilden die Logen den gewaltbereiten Nährboden für paramilitärische loyalistische Organisationen. Für die protestantischen Paramilitärs waren nicht nur Aktivisten und Führer der IRA, *Sinn Féins* oder sogar der SDLP bevorzugte Ziele, sondern oft auch völlig unbeteiligte Katholiken oder sogar Protestanten, wenn diese mit Katholiken befreundet waren oder eine intime Beziehung unterhielten.

Zu den loyalistischen paramilitärischen Organisationen gehört die *Ulster Volunteer Force* (UVF), die 1966 gegründete Nachfolgeorganisation der historischen UVF, die sich 1912 im Widerstand gegen eine irische Eigenregierung (*Home Rule*) gegründet hatte. Angehörige der alten UVF kämpften und fielen in großer Zahl im Ersten Weltkrieg als Freiwillige für Großbritannien auf den Schlachtfeldern in Frankreich und Flandern. Vermutlich besitzt die UVF gegenwärtig einige Hunderte Mitglieder. Sie ist mit AK-47 Sturmgewehren, Pistolen und Revolvern ausgestattet, ferner mit einigen wenigen RPG-7 Raketenwerfern sowie gestohlenem Bergbau-Sprengstoff, den sie gelegentlich bei Bombenanschlägen in der Republik Irland benutzte.

Die *Ulster Defence Association* (UDA) entstand 1971 aus dem Zusammenschluß mehrerer loyalistischer Verteidigungsgruppen und wurde erst 1992 verboten. Mitte der 70er Jahre konnte sie 30000 Militante zu Aufmärschen mobilisieren. Gegenwärtig verfügt sie vermutlich über einige Hunderte aktive Kämpfer. Sie sind ähnlich wie die UVF mit AK-47 Sturmgewehren, Handfeuerwaffen sowie selbstgebastelten Maschinenpistolen ausgestattet, ferner mit Bergbau-Sprengstoff und primitiven selbstgebastelten Bomben.

UVF und UDA sind in einem Oberkommando (*Combined Loyalist Military Command*, CLMC) vereint, das sich am 13. Oktober 1994 der Waffenstillstandserklärung der IRA vom 31. August 1994 anschloß. Davon ausgenommen sind jüngere Splittergruppen wie die *Liberation Volunteer Force* (LVF), die 1997 nach der Ermordung eines katholischen Taxifahrers in Portadown entstand. Für dieses Verbrechen, das zudem eine Verletzung der vom CLMC erklärten Waffenruhe darstellte, schloß die UDA etliche ihrer Mitglieder aus. Sie bildeten die LVF, die kleinste Loyalisten-Gruppe. Die LVF ist für diverse Angriffe auf Katholiken verantwortlich sowie für ein fehlgeschlagenes Bombenattentat in Dundalk in der Republik Irland im Mai 1997.

Auch die *republicans* brachten drei Organisationen hervor: Die *Irish Republican Army* (IRA) spaltete sich 1969 in die *Official Irish Republican Army* (OIRA) und die *Provisional IRA* (PIRA) bzw. *Provos*. Die *Provos* traten zunächst als Verteidiger der katholischen Minderheit Nordirlands auf, begannen aber bald mit Aktionen gegen die Sicherheitskräfte. Das bedeutete, daß Polizisten, Soldaten und deren Familienangehörige zu legitimen Zielen für Anschläge erklärt wurden. Ebenso galten alle Nordiren, die die Armee beliefern oder anderweitig mit ihr Geschäfte machen, als „legitime Ziele“, desgleichen Angehörige des nordirischen Establishments sowie der paramilitärischen Loyalistenorganisationen. In den *no go areas*, dem rechtsfreien Gebiet der städtischen katholischen Ghettos, in die sich Armee- und Polizeistreifen nur unter größten Sicherheitsvorkehrungen wagen, nimmt die IRA zudem eine Art „Rechtspflege“ wahr: Echte oder vermeintliche Verräter aus den eigenen Reihen, aber auch Angehörige rivalisierender republikanischer Untergrundorganisationen wurden hingerichtet, „asoziale Elemente“ im Namen des Volkes bestraft, d.h. zur allgemeinen Abschreckung geteert und gefedert oder mit Knieschüssen gelähmt. Seit Mitte der 70er Jahre herrschte bei Loyalisten und Republikanern ein gnadenloses Vergeltungsdenken (*tit for tat*). Da die loyalistischen Paramilitärs Anfang der 90er Jahre die IRA in der Häufigkeit und oft auch der Skrupellosigkeit ihrer Anschläge überboten, herrscht in unionistischen Kreisen die Ansicht, die „Entschlossenheit“ der protestantischen Kämpfer habe die IRA zur Kapitulation bzw. an den Verhandlungstisch gezwungen.

Auf dem Höhepunkt ihrer Aktivitäten Mitte der 70er Jahre gehörten der IRA etwa 1500 aktive Kämpfer an, gegenwärtig sind es noch um 500. Die IRA ist die bestbewaffneteste aller paramilitärischen Organisationen in Nordirland und übertrifft die Loyalisten vor allem beim Bau und Einsatz von Bomben. Sie besitzt 650 meist tschechische und rumänische Versionen des Sturmgewehrs AK-47/AKM, die Mitte der 80er Jahre aus Libyen eingeschmuggelt wurden, 20 schwere Maschinengewehre, 40 Raketenwerfer, 600 Zünder für Bomben sowie drei Tonnen Semtex-Sprengstoff. Anfang der 1990er Jahre stellte General Ghaddafi seine Hilfe für die IRA ein und informierte die britischen Behörden über die Art und Menge der bisherigen Waffenlieferungen. Seither auf Eigenversorgung angewiesen, bastelt die IRA mit immer größerer Kunstfertigkeit eigene Granaten und Autobomben. Sie bedient sich dazu hochqualifizierter Computerexperten, die ihr helfen, eine breites Sortiment an elektronischen Spreng-

sätzen zu entwickeln. Die Schwierigkeiten der IRA, seit den 1990er Jahren an neue Waffen heranzukommen, erklärt ihre ablehnende Haltung gegen eine Waffenabgabe als Vorbedingung für politische Verhandlungen.

Seit 1979 besitzt die IRA konspirative Strukturen, d.h., sie ist seither in Zellen gegliedert, die dem *Southern* oder *Northern Command* in der Republik Irland bzw. in Nordirland unterstehen. Die meisten ihrer Waffen befinden sich in geheimen Vorratslagern in den Grenzgrafschaften der Republik unter der Verwaltung des *Southern Command*. Sie unterhält jeweils ein oder zwei „aktive Einheiten“ in Großbritannien sowie in Kontinentaleuropa und wird von einem siebenköpfigen Rat geleitet.

Die *Irish National Liberation Army* (INLA) wurde 1974 von Seamus Costello gegründet, einem Adjutant-General der Official IRA, und gilt als militärischer Flügel der *Irish Republican Socialist Party* (IRSP), einer politischen Splittergruppe, die eine stärker marxistische Orientierung als *Sinn Féin* bzw. die PIRA vertritt. Die INLA strebt nicht nur die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland an, sondern einen revolutionären Sozialismus im vereinigten Irland. Mit der PIRA hat die INLA gelegentlich zusammengearbeitet, sich aber auch mit ihr Mitte der 1970er Jahre blutige Fehden geliefert. Die in den 80er Jahren sehr aktive Gruppe ist inzwischen stark beeinträchtigt von Denunziationen aus den eigenen Reihen bzw. aus Reihen der PIRA. Da die INLA im Unterschied zur PIRA nicht auf ein internationales Netz von Unterstützern und Sponsoren zurückgreifen kann, galt ein Teil ihrer bewaffneten Einsätze der Beschaffungskriminalität, darunter Bank- und Zugüberfälle. Die INLA hat sich nicht dem Waffenstillstand der IRA vom 31. August 1994 angeschlossen, jedoch damals erklärt, sie werde keine „Erstschläge“ ausführen. Mit der Ermordung eines angeblichen LVF-Führers in Derry am 8. April 1998 gefährdete sie ernsthaft den für den folgenden Tag geplanten Abschluß der Nordirlandverhandlungen.

Die Mitgliederzahl der INLA dürfte gegenwärtig weniger als 20 aktive Kämpfer betragen, ihr Hauptquartier befindet sich in Dublin. Die Organisation besitzt ein kleines Arsenal an Gewehren, Handfeuerwaffen und vielleicht auch Granaten. Möglicherweise hat sie unlängst ihre Bestände aufstocken können.

Auch die *Continuity Irish Republican Army* (CIRA), eine Splittergruppe der IRA, erkennt den Waffenstillstand vom August 1994 nicht an und brachte ihren Protest gegen politische Verhandlungen durch Bombenanschläge in Nordirland zum Ausdruck.

Unterdrückung und Gewalt: der Verlauf des Nordirland-Konflikts

Schon in den Jahren 1920 bis 1922 kam es zu antikatholischen Ausschreitungen, die stellenweise pogromartigen Charakter trugen. Allein in Belfast wurden 455 Menschen getötet. Weitere antikatholische Ausschreitungen folgten im Juli 1935. Diskriminierende Wahlgesetze trugen zur Aufrechterhaltung der protestantischen Herrschaft bei. Schon 1922 war für Gemeindewahlen das Verhältniswahlrecht durch ein Mehrfachwahlrecht ersetzt worden, das nur Steuerzahlern und Hauptmietern Stimmrecht zuerkannte. Geschäftsleute erhielten bis zu sechs Stimmen. Da unter den Katholiken die Arbeitslosigkeit und Armut überproportional hoch lag und viele junge Erwachsene sich keine eigene Wohnung leisten konnten, wurde damit ein erheblicher Bevölkerungsanteil von den Kommunalwahlen ausgeschlossen. 1969 waren zum Beispiel 75 Prozent der nicht zu den Kommunalwahlen zugelassenen Bürger Katholiken. Darüber hinaus wurden Wahlkreise so festgelegt, daß selbst in Kommunen, wo deutliche katholische Mehrheiten bestanden, protestantische Wahl-Mehrheiten zustandekamen. Erst 1973 wurde wieder das Wahlprinzip „one man, one vote“ hergestellt. Außerdem stützte sich das Stormont-Regime auf drakonische Notstandsgesetze (Special Power Act), die dem Innenminister und der Polizei weitreichende Sondervollmachten einräumten. Sie ermöglichten zum Beispiel Festnahmen ohne Haftbefehl, Hausdurchsuchungen ohne richterliche Anweisung sowie eine Bestrafung bei der Weigerung, einem Polizisten zu antworten. Zur Niederschlagung konfessioneller Unruhen wurde 1933 eine bewaffnete Polizei-Sondereinheit, die berüchtigten *Special Constabulary* („B-Specials“) geschaffen. Den „B-Specials“ gehörten nicht nur Mitglieder der loyalistischen paramilitärischen UVF an, sondern auch reiner Todesschwadronen wie die United Protestant League.

Als nordirisches Gegenstück zur kontinentaleuropäischen Studentenbewegung entstand 1968 eine Bürgerrechtsbewegung, die anfangs von Studenten sowie Angehörigen des katholischen Mittelstands getragen wurde, bald jedoch von Angehörigen der benachteiligten katholischen Unterschicht aus den Arbeitervierteln von Belfast und Derry. Die Bürgerrechtsbewegung verlangte die Anpassung Nordirlands an die international bzw. in Großbritannien gültigen Rechtsnormen und kritisierte die soziale wie politische Benachteiligung der katholischen Nordiren. Getreu der alten loyalistischen Devise, keinen

„Zoll zurückzuweichen“, sprachen sich damals allerdings 68 Prozent der protestantischen Respondenten bei einer Umfrage gegen die Aufhebung der gesetzlichen Diskriminierung aus.

Zum ersten großen gewaltsamen Zusammenstoß zwischen der katholischen Bevölkerung und der *Royal Ulster Constabulary* (RUC), der nordirischen Polizei, kam es am 12. August 1969, als sich die Einwohner des katholischen Bogside-Viertels von Derry verbarrikadierten, provoziert durch einen Umzug von 15000 Loyalisten. Da sich die nordirische Regierung außerstande sah, aus eigenen Kräften die Rebellion der katholischen Minderheit niederzuwerfen, hatte der nordirische Innenminister schon am 8. August 1969 London um die Entsendung britischer Truppen gebeten. Sie kamen und blieben, mit bis zu 19000 Berufssoldaten.

Die Ausschreitungen verlagerten sich danach nach Belfast, wo es vom Juli bis September 1969 zu „konfessionellen Säuberungen“ kam: Angehörige der jeweiligen Minderheit, zu 82,7 Prozent (1820 Familien) jedoch Katholiken, wurden durch brutalen Terror aus ihren bisherigen Vierteln vertrieben. Fast 200 katholische Häuser gingen damals in Flammen auf. Die fast gänzlich aus Protestanten bestehende RUC sah den Ausschreitungen loyalistischer Radikaler gegen ihre katholischen Mitbürger oft tatenlos zu. Auch in späteren Jahren kam es zu derartigen Vertreibungen, die aus den einst konfessionell gemischten Viertel Belfast reine Ghettos machten. Zehntausende Menschen waren davon betroffen, darunter häufig auch Angehörige bikonfessioneller Ehen, die in katholische Viertel gedrängt wurden. Die Schutzlosigkeit der Katholiken förderte 1969 die Wiedergeburt der IRA, was die Stormont-Regierung mit Repressionen beantwortete. Sie trafen die katholische Bevölkerung insgesamt und führten zu einer weiteren Zuspitzung. Am 9. August 1971 begann die einjährige Internierung von fast 2000 Nordiren, - überwiegend Katholiken, von denen die meisten bis dahin nichts mit der IRA zu tun hatten. Gleichzeitig dauerten die Gewaltakte gegen die katholische Bevölkerung an. 5000 Katholiken flohen damals aus Nordirland, die übrigen wurden in ihrer Ablehnung gegen die nordirische Regierung zusammengeschweißt und traten in einen Steuer- und Mietboykott, den die Regierung mit der Einbehaltung von Sozialhilfe und Krankengeldern beantwortete. Der Versuch der Bürgerrechtsbewegung, trotz eines einjährigen Demonstrationsverbots eine Massendemonstration gegen die Internierung um Bogside-Viertel von Derry durchzuführen, endete blutig: Ohne Vorwarnung eröffnete die britische Armee das Feuer auf die fast 30000 Demonstranten, die sich am 30. Januar 1972 in Derry verbarrikadiert hatten. Dreizehn Katholiken verbluteten an jenem „bloody Sunday“ im Kugelhagel der britischen Soldaten, wofür sich die britische Regierung erst 26 Jahre später entschuldigte.

Am 24. März 1972 löste Großbritannien die Stormont-Regierung wegen ihrer Unfähigkeit, Herrin der Unruhen zu werden, auf. Es folgten politische Reformmaßnahmen, darunter die Einberufung eines auch aus katholischen Abgeordneten gebildeten nordirischen Parlaments (*assembly*), das aber 1974 am Streik protestantischer Arbeiter scheiterte. Danach ersetzte allzu oft Polizeiarbeit die Reform. Weitere Sondergesetze wurden verabschiedet, darunter das berühmte Gesetz zur „Verhütung des Terrorismus“ (*Prevention of Terrorism Act*, 1974; ergänzt 1983). Mit der Anwendung der sogenannten Diplock-Empfehlungen wurden die bisherigen Schöffen- durch Sondergerichte ersetzt. In Polizeihaft gemachte Geständnisse behielten ihre Gültigkeit, selbst wenn sie vor Gericht widerrufen wurden. Mit Hilfe derartiger Methoden hatte Nordirland Ende der 1970er Jahre sein Sicherheitsproblem zwar weitgehend gelöst, sich dafür aber mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen einen denkbar schlechten politischen Ruf eingehandelt.

Über die Verbesserungen, die es seither gab, erfuhr man freilich im Ausland weniger. Dazu gehörten die Sanierung katholischer Viertel in Belfast, Sozialmaßnahmen sowie die Bekämpfung von konfessionell bedingter Diskriminierung am Arbeitsplatz. Wie in Großbritannien wurde auch in Nordirland eine Unabhängige Kommission für Polizeibeswerden eingeführt, die derzeit etwa 6000 Bürgerbeschwerden im Jahr untersucht. Polizeiverhöre müssen mit Videos aufgezeichnet werden. Das größte Manko der Polizeireform blieb die geringe Mitwirkung der katholischen Bevölkerung. Die wenigen Katholiken, die es wagten, Arbeit bei der RUC anzunehmen, mußten meist in die überwachten Wohnsiedlungen für RUC-Angehörige übersiedeln, um sich vor Anschlägen und Vergeltungsakten der IRA zu schützen.

Lösungsversuche

Versuche, den Nordirland-Konflikt auf politische Weise und damit unblutig beizulegen, sind fast so alt wie der Konflikt selbst, haben aber, wie schon das erste Beispiel zeigt, ihrerseits oft gewalttätige Reaktionen hervorgerufen.

Der südirische Finanzminister Michael Collins und der nordirische Premierminister James Craig unterzeichneten am 30. März 1922 das erste innerirische Abkommen. Es sah Treffen der Kabinette beider Teilstaaten vor, um die künftige Einheit Irlands zu erörtern bzw., falls dies nicht gelänge, die Grenzen zwischen den beiden Teilstaaten festzulegen. Ein zentraler Verhandlungspunkt sollte die Rückführung der aus dem Norden vertriebenen katholischen Arbeiter und die Freilassung von Gefangenen sein. Ein aus Katholiken und Protestanten zusammengesetzter Ausschuß sollte die Ausschreitungen der Jahre 1920 und 1921 untersuchen und eine je zur Hälfte aus Katholiken und Protestanten gebildete Sonderpolizei die konfessionell gemischten Bezirke Belfast schützen. Das Craig-Collins-Abkommen scheiterte freilich am Widerstand unionistischer Hardliner und provozierte neue Ausschreitungen gegen Belfast Katholiken.

1963 ergriff der nordirische Regierungschef Terence O'Neill (geb. 1914) die Initiative und besuchte seinen Dubliner Amtskollegen Sean Francis Lemass (1899-1971), der 1967 von Jack Lynch abgelöst wurde. O'Neill und Lemass trieben vor allem wirtschaftliche Motive zur Zusammenarbeit. Ihre Gespräche bewirkten unter anderem, daß die nordirischen Katholiken ihre Boykothaltung aufgaben und daß sich der Regierungschef der Republik erstmals für eine Novellierung der für Unionisten anstößigen Artikel 2 und 3 einzusetzen begann, die seit 1937 im Widerspruch zur früheren völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung britischer Herrschaft in Nordirland Bestandteil der irischen Verfassung sind. Artikel 2 lautet: „Das Staatsgebiet besteht aus der gesamten Insel Irland, ihren Inseln und den Hoheitsgewässern.“ Artikel 3 stellt die „*re-integration*“, die Wiedervereinigung sämtlicher irischer Gebiete in Aussicht.

Proteste radikaler Loyalisten wie Ian Paisley, vor allem aber die 1968 offen als „Unruhen“ (*troubles*) ausbrechenden Sozial- und Konfessionskonflikte beendeten diese zweite gesamtirische Gesprächsrunde auf Regierungsebene. 1974 unterzeichneten die Republik Irland, Nordirland und Großbritannien ein trilaterales Abkommen über eine - unverwirklichte - reformierte nordirische Regierung. Dieses sogenannte Sunningdale-Abkommen sah außerdem ein übergeordnetes Gremium vor, wie es bereits im britischen *Government of Ireland Act* von 1920 enthalten war. Eine ähnliche Vorstellung (*intergovernmental conference*) tauchte auch im anglo-irischen Abkommen vom 15. November 1985 auf.

Auf Betreiben des irischen Regierungschefs Garret Fitzgerald kam 1983 das gesamtirische *New Ireland Forum* zustande, dessen Beratungsergebnisse am 2. Mai 1984 veröffentlicht wurden. Der größte Nachteil des Forums war seine mangelnde Repräsentativität, denn es setzte sich nur aus den beiden Volksparteien der Republik Irland (*Fine Gael* und *Fianna Fáil*), der irischen *Labour Party* sowie der nordirischen *SDLP* zusammen, während *Sinn Féin* und die IRA ausgeschlossen wurden und die unionistischen Parteien sich nicht beteiligen wollten. Die Lösungsvorschläge des Forums beinhalteten drei unterschiedliche Grade einer potentiellen Vereinigung: Eine gemeinsame Souveränität Dublins und Londons, eine Konföderation mit einem beiden irischen Parlamenten übergeordneten Gremium oder die vollständige Vereinigung. Die britische Regierungschefin M. Thatcher lehnte aber im Herbst 1984 alle drei Vorschläge schroff ab, während die Unionisten damals noch kein Entgegenkommen für die bemerkenswerte Tatsache zeigten, daß die irische Regierung 1984 erstmals die „andere Identität“ der protestantischen Gemeinschaft Irlands anerkannt und zugleich garantiert hatte, daß es keine Vereinigung Irlands gegen den Willen der nordirischen Protestanten geben werde.

Mit der Unterzeichnung eines weiteren anglo-irischen Abkommens bestätigte die Republik Irland 1985 in dem nordirischen Städtchen Hillsborough auch völkerrechtlich verbindlich ihre Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der protestantischen Nordiren und verpflichtete sich gegenüber Großbritannien zur gemeinsamen Terrorismusbekämpfung. Im Gegenzug räumte Großbritannien der Republik ein gewisses Mitspracherecht in Nordirland ein, was die heftige Ablehnung des Hillsborough-Abkommens bei der Mehrheit der Unionisten hervorrief: „*Ulster says no!*“ Sie fühlten sich von der britischen Regierung über- bzw. hintergangen.

Gleichwohl intensivierten sich ab 1992 die Gespräche, sowohl innerhalb der nordirischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen als auch auf bilateraler staatlicher Ebene zwischen Dublin und London. Die anglo-irische Annäherung führte am 15. Dezember 1993 zur Downing-Street-Erklärung, mit der die britische Regierung ihre Neutralität im Nordirland-Konflikt zu Protokoll gab, während die irische den nordirischen Protestanten ein weiteres Mal zusicherte, daß sie nicht zur Vereinigung mit der Republik gezwungen würden. An die militanten Republikaner von Sinn Féin und der IRA, die jahrzehntelang zumindest offiziell von allen Gesprächen ausgeschlossen waren, erging erstmals das Angebot, sie an den kommenden Verhandlungen zu beteiligen, falls sie sich mindestens drei Monate lang der Gewalt enthielten. Geheimgespräche zwischen britischen Regierungsvertretern und Vertretern der IRA seit April 1993 waren von der britischen Regierung zum berechtigten Ärger der Unionis-

ten erst geleugnet und, nach dem unwiderlegbaren Beweis des Gegenteils, in ihrer Bedeutung heruntergespielt worden. Schließlich konnten der SDLP-Vorsitzende John Hume und der damalige irische Regierungschef Albert Reynolds die IRA von den politischen Vorzügen eines Waffenstillstandes überzeugen. Am 31. August 1994 erklärte die IRA eine „unbefristete und bedingungslose Waffenruhe“, am 13. Oktober 1994 folgte das *Combined Loyalist Military Command* ihrem Beispiel.

Konfliktbeilegung in Zeiten des Konflikts

Mit der Einbeziehung der politischen Vertreter paramilitärischer Organisationen war die größte aller bisherigen Verhandlungshürden genommen. Gleichwohl wurden die ohnehin komplizierten Nordirlandgespräche, die auf Vorschlag von US-Präsident Bill Clinton unter dem Vorsitz von Senator George Mitchell geführt wurden, durch die anhaltende Gewalt belastet. Dazu gehörte, daß die IRA ihren am 31. August 1994 verkündeten vollständigen Waffenstillstand schon 17 Monate später, am 7. Oktober 1996, brach. Ein Grund dafür war die Forderung der damaligen konservativen britischen Regierung, die IRA müsse vor ihrer Zulassung zu einem Friedensforum zumindest einen Teil ihrer Waffen abliefern. Erst nachdem bei den Wahlen zum Unterhaus des Vereinigten Königreichs am 1. Mai 1997 die Labour Party unter Tony Blair siegte, fand sich die IRA am 19. Juli 1997 zu einer zweiten „unwiderstehlichen Waffenruhe“ bereit. Für die INLA, die CIRA und vermutlich auch einzelne Mitglieder der PIRA ging der „Krieg“ ohnehin weiter, ebenso für einzelne Mitglieder der UDA bzw. LVF. Dafür wurden die *Ulster Democratic Party* und *Sinn Féin* vorübergehend von den Gesprächen ausgeschlossen. Stärkere Sanktionen gegen den Terror gab es nicht, da die Mitwirkung der politischen Sprecher der Paramilitärs für den Erfolg der Verhandlungen zwingend notwendig war. An den Nerven aller Beteiligten, vor allem aber der nordirischen Öffentlichkeit zerrten monatelang weitere echte oder vermeintliche Hindernisse: Gezielte Desinformationen über den Verhandlungsverlauf, absichtsvolle Indiskretionen, Dementis, Vorwürfe und Rechtfertigungsversuche. Jede Geste der irischen und vor allem der britischen Regierung wurde von den Unionisten und Republikanern argwöhnisch verfolgt, so etwa der Besuch der Nordirland-Staatssekretärin im Hochsicherheitstrakt des Maze-Gefängnisses, wo sie nach der Ermordung eines loyalistischen Häftlings seine Genossen zu beschwichtigen versuchte. Daß am 10. April 1998 Tony Blair und sein irischer Amtskollege Bertie Ahern mit ihrer Unterschrift unter ein gut 10000 Worte starkes Abkommen die Gespräche allen Unkenrufen zum Trotz erfolgreich beenden würden, erschien bis zur letzten Minute ungewiß. Es überwog letztlich bei allen Beteiligten die Furcht, daß 21 Monate zähen Ringens umsonst gewesen sein könnten, falls nicht vor Ostern 1998 und dem Beginn der *marching season* das Nordirland-Abkommen unter Dach und Fach käme. Denn erfahrungsgemäß beginnt mit den jährlichen Traditionsumzügen der Oranier zum Gedenken an König Williams Siege von 1690 und 1691 eine Zeit der politischen Instabilität und Gewalttätigkeit, bei der nicht nur politisches Porzellan zu Bruch gehen kann.

Was steckte in den Körben?

Die Grundlage der Verhandlungen bildete das am 22. Februar 1995 von den Regierungschefs der Republik Irland und Großbritanniens in Belfast vorgestellte „Belfaster Rahmenabkommen“. Seine den drei unterschiedlichen Konfliktebenen entsprechenden „Körbe“ (*strand 1 - 3*) enthalten Vorschläge, wie sie seit 1922 im Gespräch sind.

Korb 1: Hier geht es um die Wiederherstellung der nordirischen Autonomie. Großbritannien hat Nordirland seit 1974 ununterbrochen in sogenannter *direct rule* regiert. Das bedeutete, daß ein Mitglied des britischen Kabinetts zum Staatssekretär für Nordirland („Nordirland-Minister“) ernannt wurde. Seit dem 3. Mai 1997 übt dieses Amt Dr. Marjorie Mowlam (geb. 1949) aus, eine streitbare, unkonventionelle Sozialdemokratin. Wie ihre Amtsvorgänger führte „Mo“ Mowlam die Aufsicht über das Nordirlandbüro, das sich aus sechs Abteilungen im Sozial- und Wirtschaftsbereich zusammensetzt.

Direktherrschaft, Nordirlandbüro und Nordirland-Staatssekretärin waren nur als Zwischenlösungen gedacht. Das Abkommen vom 10. April 1998 sieht vor, daß sich Nordirland wieder durch ein eigenes Regionalparlament mit 108 Abgeordneten (*Northern Assembly*) regiert, doch eine Reihe von Verkehren soll verhindern, daß das neue Parlament von der einfachen Mehrheit der Unionisten dominiert werden kann. Die *Northern Assembly* wird zunächst ohne gesetzgeberische und exekutive Befugnisse tagen, aber binnen Jahresfrist eine Exekutive schaffen, die die bisherigen Aufgaben des *Northern Ireland Office* übernimmt und der bis zu zehn Minister angehören sollen.

Korb 2 regelt die Beziehungen zwischen Nord- und Südirland. Bereits der anglo-irische Friedensvertrag von 1921 sah eine gesamtirische Körperschaft vor. Bei den jüngsten Nordirlandgesprächen war das Maß der Kompetenzen des künftigen *North-South Council* am stärksten umstritten: Die Unionis-

ten wollten, daß er möglichst wenig in nordirische Angelegenheiten hineinregieren kann, die Nationalisten wünschen ihn sich möglichst unabhängig vom nordirischen Parlament. Tatsächlich berücksichtigt das Abkommen eher die unionistischen Ängste, denn es sieht ein weitgehend kompetenzloses, aus nord- und südirischen Ministern zusammengesetztes Gremium vor, das sich einmal jährlich trifft, „um die Beratung, Zusammenarbeit und Handlung innerhalb der Insel Irland zu entwickeln“. Der Nord-Süd-Rat ist sowohl dem nordirischen wie dem Parlament der Republik Irland rechenschaftspflichtig.

Korb 3 regelt vor allem die künftigen Ost-West-Beziehungen, d.h. die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Republik. Beide sind seit Jahrzehnten und teilweise gegen ihren Willen zu Garantie- und Schutzmächten der Unionisten bzw. Nationalisten geworden, was ihre bilateralen Kontakte erschwerte. Die Republik Irland muß sechs Artikel ihrer Verfassung ändern. Der neue Artikel 2 wird allen auf der „Insel Irland“ Geborenen das Recht auf die Staatsbürgerschaft der Republik zuerkennen und somit die bisherige territoriale Definition der Republik Irland durch das Abstammungsprinzip ersetzen. Der neue Artikel 3 enthält die Verpflichtung, „daß ein vereintes Irland nur durch friedliche Mittel mit der Zustimmung einer Mehrheit der Menschen hergestellt (werden kann), die sich demokratisch in beiden Jurisdiktionen ausdrückt.“ Als Gegenleistung verpflichtete sich die britische Regierung zur Streichung von Artikel 75 des Government of Ireland Act von 1920.

Sowohl die *Northern Assembly* als auch der *Dáil*, das Parlament der Republik Irland, werden künftig in einem interparlamentarischen Inselrat (*Council of the Isles*) vertreten sein, dem außerdem das House of Commons sowie die erst 1997 gebildeten Regionalparlamente von Schottland und Wales angehören. Dieser mindestens zweimal im Jahr tagende Regionalzusammenschluß wird den bisherigen britischen Zentralismus beenden.

Fazit

Wurde am 10. April 1998 im Stormont Geschichte geschrieben, indem einer der längsten und erbitertsten Konflikte des 20. Jahrhunderts unblutig beendet wurde? Gelang den Autoren des Nordirland-Vertrages die Quadratur des Kreises? Noch hält Irland den Atem an, denn es sind noch einige Hürden zu nehmen: Die Basis der an den Nordirlandgesprächen beteiligten politischen Parteien muß mehrheitlich der Entscheidung ihrer Führer zustimmen. Anschließend muß das Abkommen am 22. Mai 1998 bei getrennten Referenden in Nordirland sowie in der Republik von der Bevölkerung befürwortet werden. Der nächste entscheidende Schritt hängt dann von der Einsichtsfähigkeit der Paramilitärs ab. Denn die Ablieferung ihrer Waffen ist eine der Vorbedingungen für die Verwirklichung der übrigen Teile des Abkommens. Ob das Abkommen den nach unterschiedlichen Zeitrechnungen seit 1607, spätestens seit 1912 bestehenden tiefen Graben in der nordirischen Gesellschaft überwinden wird, bezweifelt allerdings nicht nur der aus Nordirland stammende irische Dichter und Literatur-Nobelpreisträger Seamus Heaney: „Ulster wird ein Ort der Herausforderung bleiben, politisch ebenso wie kulturell. Doch zumindest haben die Herausforderer sich auf gemeinsame Spielregeln verständigt.“ Daß sich nach 76 Jahren fehlgeschlagener Beilegungsversuche nun die Mehrheit der Spieler auf neue Regeln einigte, ist hauptsächlich der Einsicht zu verdanken, daß die Quadratur des nordirischen Kreises weder eindeutige Gewinner noch Verlierer zuläßt. Oder, wie es die „Irish Times“, die bedeutendste überregionale Tageszeitung Irlands, in einem Kommentar formulierte: „Die beiden Haupttraditionen dieser Insel haben die Ausschließlichkeit ihrer Positionen aufgegeben. Die Nationalisten mußten die bittere Wahrheit schlucken, daß es ein vereintes Irland in absehbarer Zukunft nicht geben wird, und falls es kommt, dann nur mit der Zustimmung der Mehrheit in Nordirland. Die Unionisten mußten hinnehmen, daß Nordirland mit den neuen grenzübergreifenden Strukturen nicht so britisch wie Finchley ist, um es mit Mrs Thatcher auszudrücken.“ Ein Unterschied freilich ist in den beiden Kompromißleistungen von Anfang an vorhanden: Der Verzicht der Unionisten auf die ausschließliche Bindung an das Vereinigte Königreich ist stärker angstbesetzt als der Verzicht der Nationalisten auf die sofortige, notfalls gewaltsame Vereinigung. Und es fällt Unionisten äußerst schwer zu akzeptieren, daß *Sinn Féin*, die aus ihrer Sicht Hauptschuldige für Ulsters jahrzehntelange Zerstörung, künftig dessen Schicksal politisch mitbestimmen darf. Um so bemerkenswerter war die Zustimmung, die die Mehrheit der Parteitagsdelegierten der Ulster Unionist Party am 18. April 1998 dem Abkommen gaben.

Tessa Hofmann

Und so geht es weiter...

Ein neuer Tag, eine weitere Bombe,

eine Kugel gefeuert, ein Leben beendet,
 ein unbedachtes Wort ausgesprochen,
 eine Grenze überschritten,
 ein brennender Haß,
 eine trauernde Mutter.

Wo bleibt der Friede? Und wo die Liebe?
 Kinder, deren Denken man vergiftete
 mit Haß auf ihre Brüder,
 getrennt im Glauben, vereint im Tod.
 Und so geht es weiter.
 Das Blutbad dauert an.

Jäh verlöschende Leben,
 gestrandete Gemeinschaften,
 zerstörte Häuser, verlorene Arbeitsplätze.
 Kinder werden Waisen, Frauen Witwen.
 Eine hohle Entschuldigung,
 ein herzloses Bekenntnis.

Wann hört das auf?
 Morgen? Im nächsten Jahr?
 Was können wir tun? Wie weit noch gehen?
 Wie diesen Hirnlosen Einhalt gebieten?
 Wer gab ihnen das Recht zu töten?
 Wer uns das Recht zu richten?

Eine neue Generation,
 ein Strahl der Hoffnung.
 Eine Sperre überwunden,
 eine Freundschaft geschlossen.
 Liebe ersetzt Sorge,
 Glück lindert Schmerzen.
 Es wird ein Ende nehmen,
 wenn wir ein Ende setzen.

Another day, another bomb
 A bullet fired, a life lost
 A careless word spoken, a boundary overstepped
 A burning hate, a grieving mother.

Where is the peace? Where is the love?
 Brainwashed children, hate of their brother
 Divided by religion, united in death
 And so it goes on, the bloodshed continues.

Lives disrupted, communities wrecked
 Buildings demolished, jobs lost
 Children orphaned, wives widowed
 An empty apology, a heartless confession.

When will it stop? Tomorrow? Next year?
 What power do we have? What lengths must we go?
 How can we stop these mindless animals?
 Who are they to kill?
 Who are we to judge?

A new generation, a ray of hope
 A barrier broken, a friendship begun
 Love replaces sorrow, happiness eases pain
 It will end, we will make it end!

Jennifer Moore, 1992

Übersetzung aus dem Englischen: Tessa Hofmann

Die Verfasserin war 16 Jahre als, als sie dies Gedicht noch vor Beginn der Waffenruhe und Friedensverhandlungen schrieb. Jennifer Moore gehört der Generation an, die in ihrem Leben bis dahin nur die *troubles* gekannt hatte.

Die Autorin:
Tessa Hofmann

Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um das für „Via Regia“ überarbeitete und aktualisierte Manuskript eines am 27. März 1998 im Rahmen der damaligen „Irland-Wochen“ gehaltenen Vortrages. Tessa Hofmann ist außerdem Autorin des Reisehandbuches „Irland“, das 1997 bei der Bremer Edition Temmen erschien und einen ausführlichen Nordirland-Teil besitzt.

Erschienen in:
VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 54/55 1998,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>